

# BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

## Haushaltsrede 2014 (Etateinbringung)

Die Kraft des Turbo drückt uns in die Sitze. Es ist einem solchen Aggregat eigen, dass unter hohem Druck starke Leistung entwickelt wird. Technische Begleiterscheinung: Zeitweise ein deutlich hörbares Pfeifen und große Hitzeentwicklung.

Auf den Übergang vom Segeln - hier sind die Fahrmanöver bekanntlicherweise von den Windverhältnissen abhängig - zu komprimierter Motorkraft gilt es, sich einzustellen.

Dass die Stadt regelrecht katapultiert werden soll, wissen wir nun, die Frage ist, wo und wie werden wir landen?

Das betrifft in erster Linie die Sache, also welches Ziel Sie, Herr Rentschler, ansteuern und ob und wie weit es mit unseren Koordinaten zusammen passt, aber auch das Wie. Wie wird der Gemeinderat nicht nur eingebunden, sondern echt beteiligt? Wie werden die Entscheidungen getroffen? Wie wird mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, wie mit Bürgern und Partnern der Stadt umgegangen?

In der Sache haben Sie bereits richtige Weichenstellungen vorgenommen. Ein **Inklusionsprojekt** wurde mit Unterstützung des Landes auf den Weg gebracht. Ebenso auf der Basis eines Programmes der Landesregierung eine **Ausbildungsinitiative** für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Nicht nur eine ethische Verpflichtung, sondern in Anbetracht der demographischen Entwicklung auch ein sich unter dem Strich sich ökonomisch rechnendes und damit durchaus eigennütziges Projekt der Gesellschaft.

Hinter dem Bau einer **Cafeteria für die Galgenbergschulen** stehen wir ebenso wie hinter der dringend notwendigen **Sanierung unserer Schulen**. Dabei sind klare an rein sachlichen Kriterien festzumachende **Prioritätenlisten** auszuarbeiten und vom Rat zu beschließen, um zu verhindern, dass die Lautstärke der Wortmeldungen darüber entscheidet, welcher Stadtteil oder Teilort zuerst zum Zug kommt.

Die Gründung einer **Sportunion** der Vereine sehen wir ebenfalls als notwendig und sinnvoll an, um die Sportstätten optimal zu nutzen und möglichst vielen – vor allem im Breitensport – dazu die Möglichkeit zu bieten.

Mit aller Kraft sollte auch die Anreicherung des **Bildungsangebots im Torhaus** durch den Einzug der Naturschutzverbände in den 4. Stock betrieben

werden. Die Verbände können von dort aus sowohl gut die Schulen mit erweiterten Bildungsangeboten bedienen, als auch Veranstaltungen für die Allgemeinheit durchführen.

Dies führt zum Thema „**Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen**“, das sie in Ihrer Haushaltsrede zur Nummer 2 erhoben haben. Diese Prioritätensetzung in der Rede, Herr Oberbürgermeister, freut uns, wobei allerdings die Umsetzung des Gedankens in der Praxis bisher noch nicht so weit gediehen ist wie bei manch anderen Vorhaben.

Wir möchten deshalb dieses Ihr Postulat weiter denken und Anträge hierzu stellen.

Zunächst bereitet uns die **Verknüpfung des Klimaschutzkonzepts mit dem Mobilitätskonzept** Sorge.

Soweit bisher erkennbar droht das Mobilitätskonzept viel zu kurz zu springen, ja in Teilen sogar hinter den 20 Jahre alten Verkehrsentwicklungsplan zurück zu fallen. Wir können noch nicht erkennen, dass die Vorgabe des Gemeinderats, das Mobilitätskonzept auf der Grundlage des Klimaschutzkonzepts zu erstellen, verwirklicht wird. Hier der Appell an Sie, Herr Oberbürgermeister: Bringen Sie dieses wichtige Vorhaben auf die richtige Schiene.

Im einzelnen stellen wir folgende Anträge:

1. Das Konzept vorzulegen, wie der Klimaschutz und das Mobilitätskonzept miteinander verknüpft werden. Dies war Vorgabe des Gemeinderats. Es ist aber im Moment unklar, wie diese Vernetzung gewährleistet werden soll

2. Eine Arbeitsgruppe auf Verwaltungsebene aus Mitarbeitern der Stadtwerke, des Grünflächen- und Umweltamts sowie der Gebäudewirtschaft einzurichten, die Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept gemeinsam erarbeitet und koordiniert und diese dem Oberbürgermeister, dem Geschäftsführer der Stadtwerke und dem Gemeinderat vorlegt. Schließlich ist ein Controlling der im Mobilitätskonzept angedachten Maßnahmen im Hinblick auf Energieeinsparung und Klimaschutz zu erarbeiten und sicher zu stellen.

3. Im Rahmen und in Ergänzung des Mobilitätskonzepts ein **Maßnahmenkonzept für den Radverkehr** auszuarbeiten und eine entsprechende Arbeitsgruppe bei der Verwaltung unter Einbeziehung des ADFC einzurichten. Des weiteren wird innerhalb der Verwaltung ein Ansprechpartner für dieses Konzept für Bürger und Gemeinderat benannt. Kurzfristig sind kostengünstige Maßnahmen (z. B. Markierung, provisorische Maßnahmen,

kurze Radwegstücke) umzusetzen. In diesem Zusammenhang beantragen wir auch, für die von der Agendagruppe zu Recht geforderte Installation einer Überwachungskamera im Fahrradparkhaus 5.000,- Euro in den Etat einzustellen.

4. Ein Konzept zu erarbeiten, um eine **Energieautonomie** der Stadt bei der Stromversorgung durch Eigenproduktion zu erreichen und zwar zunächst für den im privaten Haushalt verbrauchten Stromanteil.

5. Sobald zu erkennen ist, wie die von der GroKo angekündigten für Süddeutschland leider massiv verschlechterten Förderbedingungen für Windkraft durch die neue Bundesregierung konkret sein werden, Bericht zu erstatten. Unmittelbar im Anschluss daran ein Konzept zu erarbeiten, um zeitnah Standorte für die **Erstellung von Windkraftanlagen** zur Eigenerzeugung von Strom durch die Stadtwerke und für Formen der Bürgerbeteiligung, insbesondere durch die Ostalb-Bürgerenergiegenossenschaft, festzulegen.

6. Einen Bericht vorzulegen über die Umsetzung des Konzepts zum Einbau von 14 Blockheizkraftwerken in städtischen Gebäuden. Dabei sollte die Möglichkeit im Auge behalten werden, diese mit Biogas zu betreiben, sobald das Konzept „Power to gas“ konkrete Formen annimmt.

7. Den eingesparten Betrag im Zusammenhang mit dem Strombezugsvertrag der Stadt Aalen (für den Eigenstrom) mit den Stadtwerken dazu zu verwenden, den **Austausch von Leuchtmitteln** bei der Straßenbeleuchtung durch LED beschleunigt durchzuführen, so dass in Zukunft merkliche Einsparungen bei den Betriebskosten erzielt werden können.

8. Eine Übersicht vorzulegen über die Maßnahmen aus dem Bereich der Gebäudewirtschaft im Ergebnis- und im Investitionshaushalt, die der Energieeinsparung bzw. energetischen Sanierung dienen.

Die Türen am **Haupteingang des Rathauses energetisch zu sanieren**, ist dringend notwendig und richtig. Dies würde auch der Mitarbeiterin am Empfang in der Winterzeit zu Gute kommen. Bei dieser Gelegenheit muss der Haupteingang behindertengerecht werden. Den Beirat für Menschen mit Behinderungen möchten wir an der Planung beteiligen. Auch kann gerne das Foyer für Ausstellungen etwas „aufgeräumt“ werden, um einen Ihrer Lieblingsbegriffe, Herr Oberbürgermeister, zu verwenden. Die von Ihnen eingebrachten Vorschläge für einen großzügigen Umbau des Foyers gehen aber darüber aber weit hinaus. Die in den Etat eingestellten 150.000.- Euro reichen dafür auch nicht ansatzweise aus. Wir haben hier einschlägige Erfahrungen mit

dem Umbau des Bürgeramts. Den vorgeschlagenen teuren **Neubau von Fraktionszimmern** im Bereich des heutigen Ausstellungsfoyers lehnen wir ab. Wir halten diesen weder für notwendig, noch für sinnvoll. Wir beantragen deshalb, den Haushaltsansatz für den Umbau des Foyers auf die oben beschriebenen Maßnahmen zu beschränken und mit 75.000.- Euro um die Hälfte zu kürzen, wobei auf das Aufräumen im Ausstellungsbereich nicht mehr als 10.000.- Euro entfallen sollen.

Auch für eine **Erneuerung der Lautsprechanlage** im Sitzungssaal können wir derzeit noch keine nachgewiesene Notwendigkeit erkennen und beantragen die Streichung des Ansatzes von 130.000 Euro. Sollte tatsächlich die Anlage vollständig in die Knie gehen, ginge die Welt nicht unter. Wir melden uns ja ohnehin per Hand, was die Malaise im Notfall schon einmal halbieren würde.

Überlegungen für ein **Kulturhaus am Stadtoval** haben noch nicht das Stadium erreicht, dass wir entscheiden können und wollen, dafür bereits in 2014 150.000.- Euro in die Hand zu nehmen. Deshalb beantragen wir die Streichung des Etatansatzes. Wir wollen zuerst wissen, mit welchen Kosten wir grob bei Investition und Betrieb zu rechnen haben.

Die **Ertüchtigung der Außenanlagen am Tiefen Stollen** – im Gegensatz zu früheren Überlegungen richtigerweise unter Verwendung der vorhandenen Gebäudesubstanz im Übertagebereich – deckt sich weitestgehend mit unseren Vorschlägen.

Wir müssen allerdings auch feststellen, dass die Teile unseres gemeinsam mit der CDU-Fraktion erarbeiteten Museumskonzepts, die Einsparungen im Betrieb und Gebäudeerlöse bringen sollten, nicht angegangen werden sollen. Dies scheint allerdings außer uns niemand zu stören, es sind ja Dinge, die weh tun könnten und die man nicht werbewirksam verkaufen kann.

Das Thema „**Kreisverkehr an der Rombacherstraße**“ ist ein Dauerbrenner und wir wissen, der Druck seitens der Hochschule ist groß. Die verwaltungsinterne Mutation des Themas ausgehend vom Kreisverkehr über die Fußgängerampel zu nun doch vielleicht wieder Kreisverkehr oder vielleicht was ganz Anderem zeigt aber, dass die Problemlösung nicht ganz so einfach ist. Sie, Herr Rentschler; haben ja angekündigt, dass Sie ohnehin einen provisorischen Kreisverkehr mit eigenen Verfügungsmitteln von 5.000.- bis 10.000.- Euro ohne Gemeinderat anordnen wollen. Das macht durchaus Sinn: Dann kann man die Erfahrungen gleich in die aktuelle Bearbeitung des Mobilitätskonzepts einspeisen, damit etwas mit Hand und Fuß dabei heraus kommt. Die hierfür eingestellten weiteren Mittel für eine große Lösung in Höhe von 160.000.- Euro werden deshalb in 2014 nicht gebraucht, wir beantragen die Streichung. Die für

das dynamische Parkleitsystem eingestellten 150.000.- Euro wollen wir dagegen vorrangig für **Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung**, also in ÖPNV, Rad- und Fußwege rund um die Hochschule, umwidmen.

Es ist niemandem gedient, wenn wir jetzt irgendwelche Insellösungen für den Autoverkehr schaffen und nachher wieder umgebaut werden muss. Es liegen gute Vorschläge der Verkehrsplaner für den Umweltverbund und daher die Entlastung des Straßennetzes vor, wir müssen sie nur aufgreifen.

In diesem Sinne möchten wir eine **ÖPNV-Offensive** starten, um die Verkehrsbelastung rund um die Hochschule zu reduzieren und damit das Übel an der Wurzel zu packen.

Wir beantragen deshalb, jedem auswärtigen Studierenden der Hochschule, der seinen Erstwohnsitz in Aalen anmeldet, zu Beginn des Studiums die ersten beiden Semestertickets 2, also für ein Jahr Busse und Züge rund um die Uhr im ganzen Ostalbkreis, zu schenken. Dies kostet die Stadt pro Studierenden 196,- Euro in einem Jahr und bringt ihr 800.- bis 1200.- Euro mehr Zuweisungen und zwar jedes Jahr. Eine Win-Win-Situation. Das Angebot ist für Studierende und die Stadt ökonomisch unschlagbar, Top-Klimaschutz und würde sicher bei vielen die Weichen für eine dauerhafte Nutzung des ÖPNV stellen.

2.Antrag: Schaffung eines **Pendlertickets für Studierende**. Dies soll ziegerichtet und streckengebunden auf dem Weg zur Hochschule gelten und deutlich günstiger angeboten werden als das streckenunabhängige Semesterticket 2. Zugeschnitten auf Einpendler aus dem ländlichen Raum, die ihr Auto an der Peripherie abstellen und in einem Park-And-Ride-System zur Hochschule kommen können.

Ein **Parkhaus westlich der Stadthalle** lehnen wir ab.

Das Gelände ist Teil des Parks und in mehrfacher Hinsicht hochsensibel. Die Anwohner werden auf die Barrikaden gehen. Das Vorhaben würde den Wirtschaftsplan der Stadtwerke dauerhaft mit noch mehr Quersubventionierungen belasten. Die Einnahmen werden gering sein, weil die meisten Stadthallenbesucher auf kostenlose Parkplätze in der Nähe ausweichen werden. Und es ist kaum anzunehmen, dass die Studenten der Hochschule, denen teilweise schon der Weg von der Bushaltestelle Rombacher Straße, den kostenlosen Stellplätzen am Waldfriedhof oder dem Greutplatz zum Burren zu weit ist, für Parkplätze bei der Stadthalle bezahlen werden.

An verschiedenen Stellen im Haushalt sind satte 743.000.-Euro für den **Ausbau des Waldstadions** enthalten. Unsere Position dazu war immer und ist weiterhin

glasklar: Ein entschiedenes Bekenntnis zu der finanziellen Unterstützung des Breiten- und Leistungssports. Und ein Dank an alle Ehrenamtlichen in den Vereinen, die hier eine unschätzbare Arbeit leisten. Aber, den Profisport finanziell zu unterstützen, ist nicht Aufgabe der Stadt. Das heißt: Wir sind bereit, das Stadion entsprechend den Vorgaben der DFL auszubauen, aber wir wollen das Geld wieder haben. Ohne Refinanzierungskonzept keine Zustimmung zum Umbau. Da ein solches bis jetzt auch nicht in Ansätzen erkennbar ist, beantragen wir die Streichung der Ansätze im Etat für den Umbau des Stadions. Sollte bis zu den Beratungen der Anträge ein schlüssiges Konzept vorliegen, werden wir dies selbstverständlich prüfen und unsere Position überdenken.

Und eines sagen wir auch unmißverständlich: Die Stadtwerke dürfen in diesem Zusammenhang nicht länger als Melkkuh herhalten. Die Umwegfinanzierung von über 270.000.- Euro deklariert als **Sponsoring** halten wir für einen Mißbrauch des Unternehmens. Und selbstverständlich und logischerweise wirkt sich dies letztlich ebenso auf die Energiepreise für die Kunden aus wie die Übertragung immer weiterer unrentabler Aufgaben, z. B. ein Parkhaus bei der Stadthalle.

Richtig ist, dass der Umbau des **Ellwanger Torplatzes** zunächst gestoppt wurde. Ein bisher sehr teures und untaugliches Konzept für die Bahnhofstraße – Parkplatz statt Boulevard – wird nicht dadurch besser, dass man es Richtung Süden fortschreibt. Eine Zone limitierten Verkehrs für Busse Taxen und Radverkehr für die Bahnhofstraße und den Nördlichen Stadtgraben wäre reizvoll und würde die Aufenthaltsqualität in den neuen Quartieren am nördlichen und östlichen Rand der Fußgängerzone wesentlich verbessern. Hier erwarten wir gerne die angekündigten konkreten Vorschläge. 2014 wäre dann das Jahr der Planung. Für 2014 braucht man für den Umbau des Ellwanger Torplatzes noch kein Geld, weshalb wir die Streichung des Haushaltsansatzes beantragen. Wir freuen uns, dass nun unser ursprünglich abgelehnter Antrag auf **Tempo 20 in der Bahnhofstraße** eine Wiederauferstehung feiern soll. Eine erstes kostengünstiges, effektives und rasch zu verwirklichendes Instrument, um die Aufenthaltsqualität für Fußgänger zu erhöhen und die Attraktivität als Durchgangsstraße zu reduzieren. Denn genau hierfür haben wir mit viel Geld als Parallelverbindung den Bahnhofplatz untertunnelt.

Schließlich die Gretchenfrage: Wie sieht es mit den **Finanzen** der Stadt aus? Der Etatentwurf glänzt zwar mit einer beabsichtigten Schuldenreduzierung. Die spannende Frage aber ist: Ist diese Entwicklung nachhaltig? Hinterfragt man den Etat so beruhen diese Zahlen gleich auf mehreren günstigen Faktoren: Zum einen schlichtweg auf Rekordeinnahmen. Das

Gesamtsteueraufkommen der Stadt hat sich in den letzten 10 Jahren umlagebereinigt von 29,6 Mio Euro auf 56 Mio Euro fast verdoppelt. Hinzu kommt noch, dass immerhin 10,4 Mio Euro liquider Mittel aus den 3 Vorjahren in den Haushalt 2014 einfließen, was den Saldo gewaltig aufhübscht, aber einen Einmaleffekt darstellt. Selbst wenn man richtigerweise die 4,1 Mio Euro für EULE, die bereits im Etat 2013 eingestellt waren und ebenso nicht verbraucht wurden wie die 960.000.- Euro im gleichgelagerten Fall des Kopernikus Gymnasiums Wasseralfingen heraus rechnet, bleiben immer noch stolze 5 Mio Euro Finanzspritze aus den Vorjahren. Hinzu kommt noch ein Saldo beim Grundstücksverkehr von einer Million mehr Erlös für Verkäufe gegenüber den Ausgaben für Neukäufe.

Schließlich – und das ist entscheidend - ist auf Grund aller Erfahrungen in der Vergangenheit kaum davon auszugehen, dass das Gesamsteueraufkommen der Jahre 2012 und 2013 so wie veranschlagt für 2014 bis 2017 nachhaltig ist. Wir befinden uns wohl fatalerweise gerade auch wegen der Auswirkungen der Finanzkrise in einer Phase nahe der Vollbeschäftigung. Eine normaler konjunktureller Abschwung im Rahmen üblicher Wirtschaftszyklen, ja nur eine unvorhergesehene Delle, würde das Bild schon mittelfristig radikal verändern.

Deshalb sehen wir etwas mit Sorge, dass derzeit mit einer ungeheuren Dynamik gleichzeitig und parallel sehr viele neue, zum Teil sehr kostspielige Vorhaben auf den Weg gebracht werden sollen, für die alle gilt: **Rechnung kommt später**. Wir müssen gemeinsam das Gleichgewicht schaffen zwischen notwendigem Aufbruch unter rascher Erledigung liegen gebliebener Aufgaben und Handeln mit Bedacht. Es gibt auch Dinge, bei denen lohnt es sich, zwei Mal drauf zu schauen, bevor man sie entscheidet.

Die **Grundsteuer** soll erhöht werden. Darüber könnte man nachdenken, wenn die zusätzlichen Einnahmen tatsächlich der Schuldenreduzierung zu Gute kämen und nicht gleich gerne wieder ausgegeben werden. An der hierfür nötigen Disziplin haben wir aber auf Grund aller bisherigen Erfahrungen massive Zweifel. Wenn wir wissen, wohin der Hase bei den Ausgaben läuft, werden wir gegebenenfalls über diese Frage neu entscheiden. Bisher sehen wir die Voraussetzungen für eine Erhöhung in 2014 nicht, die in diesem Haushalt z.B. von der Größenordnung her lediglich den Umbau des Waldstadions finanzieren würde.

Am Schluss noch eine Bemerkung zur **Transparenz unseres Entscheidens**. Derzeit wird bei Beratungen nach dem Motto verfahren: "Im Zweifel nichtöffentlich", um nur ja keine Turbulenzen zu erzeugen. Wir wollen diesen Grundsatz umkehren. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch,

darauf, Entscheidungsprozesse nachvollziehen zu können und zu erfahren, wer im Rat wofür steht!

Unser Dank gilt allen, die unter großem Druck an der Erstellung dieses Etatentwurfs mitgewirkt haben, insbesondere den Mitarbeitern der Kämmerei und Ihnen Frau Faußner.

Fleischer

(Es gilt das gesprochene Wort)